

Partizipation als Artikulation und Unterbrechung

Politische Einsätze unter den Bedingungen der Postdemokratie

von *Werner Friedrichs*



Dr. Werner Friedrichs ist Fachleiter für Werte und Normen am Studienseminar Celle für das Lehramt an Gymnasien, Studienrat am Gymnasium Soltau und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leibniz Universität Hannover.

Aktivierung oder Steuerung: Partizipation in der Gegenwart

Beim Thema „Partizipation“ stößt man gegenwärtig auf ausgesprochen gegensätzliche Zugriffsweisen. Einerseits ist eine durchaus überbordende Geschäftigkeit in Sachen Partizipation unübersehbar. Für eine Vielzahl gesellschaftlicher Institutionen werden mit dem ausgewiesenen Ziel einer zivilgesellschaftlichen Stärkung der Demokratie neue Beteiligungsformen aufgelegt. Eine stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern soll die Gesellschaft nachhaltig vor einem drohendem Legitimationsverlust schützen, der sich durch eine zunehmende Distanzierung des Volkes von etablierten politischen Institutionen in vielen Indikatoren anzukündigen und zu verstärken scheint. Längst

ist die Rede von Politik-, Parteien- und Politikerverdrossenheiten, die sich in immer neuen Negativrekorden bei Parteimitgliederzahlen und vor allem in der Wahlbeteiligung zu erkennen geben. Bürgerinnen und Bürger wenden sich offenbar von eingerichteten Möglichkeiten politischer Beteiligung ab, da sie – so die gängige Interpretation – nicht mehr von der Wirksamkeit ritualisierter Beteiligungsformen überzeugt sind. Der umfassende Versuch der Einrichtung und Bewerbung neuer Partizipationsmöglichkeiten verdeutlicht an dieser Stelle einmal mehr, dass der Fortbestand einer modernen Demokratie im Kern von der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger abhängt. Andererseits werden genau jene Partizipationsprogramme verdächtigt, Bestandteil einer umfassenden Regierungsstrategie zu sein. Letztere gründet nicht auf einer Logik, die auf die hierarchische Einrichtung eines Gemeinwesens abstellt, in dem qua physischer Macht Ordnungsverhältnisse installiert werden, sondern es geht um die Regierung (*gouverné*) des Bewusstseins (*mentalité*) – um die *gouvernementalité*. Die Regierungskunst der *Gouvernementalité* (vgl. statt vieler Foucault 2004) besteht dem Grunde nach in einer Umschrift der Kräfteverhältnisse: Eine Durchsetzung von Machtverhältnissen erfolgt nicht gegen sondern mit der Bevölkerung. Partizipation nimmt darin die Stellung eines viel umfassenderen Machtmittels ein als die alten Kategorien von Staatsgewalt, Herrschaft und Unterwerfung – denn anders als in hierarchischen Entscheidungsstrukturen kann niemand gegen Partizipation, gegen die Aufforderung sich zu beteiligen, sein (vgl. dazu Junge 2008). Wenn die Bürgerinnen und Bürger aber nur noch einer Partizipationsaufforderung nachkommen, kann hier im emphatischen Sinne nicht mehr von einer „echten“ Mit-

bestimmung gesprochen werden – vielmehr sind sie als „Adressen“ in eine Regierungslogik eingegliedert.

Verabschiedung der Mitbestimmung in der Postdemokratie?

Die beiden Zugriffsweisen auf die Partizipation treffen sich im stillen Einvernehmen in der Diagnose „Postdemokratie“, die im Wesentlichen in der Einschätzung besteht, dass die politischen Beteiligungsmöglichkeiten einer deutlichen Einschränkung unterliegen: „Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt [...]. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagiert nur auf Signale, die man ihr gibt.“ (Crouch 2008, S. 10) Mit dem Versuch, ein vermeintliches Gegengift zu verabreichen, etwa die Entwicklung neuer Beteiligungsformen, wird dem Grunde nach nur eingestanden, dass die Diagnose zutrifft, auf den ausgetretenen institutionalisierten Beteiligungswegen Politik nicht mitgestalten zu können. Die *gouvernementalitätstheoretische* Perspektive zeigt sich dann in der Einrichtung jener Beteiligungsformen, die jeweils wieder ein vernünftiges, beteiligungswilliges und informiertes Subjekt voraussetzen (produzieren): In der „Expertokratie“ wird durch Partizipation regiert.

Für die politische Bildung scheint sich damit eine unbefriedigende Situation zu ergeben. Als Produzentin von Mustern für neue Formen politischer Partizipati-



on sieht sie sich in der postdemokratischen Konstellation dem Vorwurf ausgesetzt, Bestandteil und möglicherweise sogar Multiplikatorin einer umfassenden Regierungslogik zu sein. Sie entwirft ein Partizipationsdispositiv, das Bürgerinnen und Bürger in die Regierungslogik der Gouvernamentalität umfassend einbindet, d. h. regierbar macht, und ist damit auf die Funktion eines Steigbügelhalters für die reibungslose Reproduktion staatlicher Machtverhältnisse zurückgeworfen. Bezieht die Politische Bildung dagegen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Ansprüche (die mindestens in der Förderung eigenständiger Urteilskraft bestehen) explizit kritisch Stellung zu den gouvernementalen Verhältnissen, verläuft die Fluchtlinie der Positionierungsmöglichkeiten über eine radikale Systemkritik bis hin zur Selbstauflösung der Politischen Bildung.

Umschrift des Politik- und Partizipationsbegriffs in den neuen Demokratietheorien

Reflektiert man diese Anforderungssituation vor dem Hintergrund der jüngsten Diskussion um die neuen Demokratietheorien sowie insbesondere um den Begriff des Politischen, wird sichtbar, dass sich die Aporie der Konstellation für die Politische Bildung vor allem aus der klassischen Vermessung des Politik- und Partizipationsbegriffes ergibt. Demnach wird der Politikbegriff in den einschlägigen Dimensionen vermessen und politische Prozesse vor allem auf gesellschaftlich etablierte und

einschlägige Institutionen bezogen, an denen sich auch die neuen Partizipationsformen orientieren – etwa in Bürgerforen oder Initiativprogrammen (vgl. dazu z.B. Nanz/Fritsche 2012). Nur durch einen solchen Anschluss kann dann auf die mitgedachte Funktion die Politik, welche nach gängiger Lesart darin besteht, kollektiv verbindliche Entscheidungen bereitzustellen, nachhaltig Einfluss genommen werden. Ein Partizipationsverständnis, das an diese Grundvermessung politischer Prozesse anschließt, lässt sich auf dem Raster der Unterscheidung von Inklusion und Exklusion abtragen: Man kann die an dem Entscheidungsprozess beteiligten und nicht-beteiligten Bürgerinnen und Bürger unterscheiden. Partizipation erscheint auf dieser Folie als „politische Inklusionsformel“ (Bora 2004, vgl. auch die Beiträge in Gusy 2004), die sich an ihren Zugriffsweisen dechiffrieren lässt: Bemühungen um eine stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern können als Verstärkungen der Inklusionsbemühungen und somit auch als Regierungshandeln im Sinne einer *gouvernementalité* verstanden werden. Eine konsequente kritische Reflexion im Sinne einer radikalen Eigenständigkeit des Subjekts in politischen Prozessen droht dagegen in einer Exklusion zu kulminieren.

Nicht zuletzt aufgrund der hier nur angedeuteten Konsequenzen, die sich durch die Statik der Grundvermessung des Politischen ergeben, hat sich in der politischen Theorie eine Diskussion um den Begriff des Politischen ergeben. Ausgangspunkt ist unter anderem die Wahrnehmung, dass sich sogar in den

institutionalisierten Räumen politischer Entscheidungsfindung, in denen Inklusion qua Prozess gegeben ist, keine Beteiligungsmöglichkeiten in einem emphatischen Sinne ergeben. „Man wird sagen, dass gerade die gereinigte Politik die der Beratung und der Entscheidung des Gemeinwohls eigenen Orte gefunden habe: die Parlamente, wo man diskutiert und Gesetze verabschiedet, die Sphären des Staates, wo man entscheidet, die Höchstgerichtsbarkeit, die die Übereinstimmungen der Beratungen und Entscheidungen mit den Grundgesetzen der Gemeinschaft verifiziert. Unglücklicherweise breitet sich gerade an diesen Orten die resignierte Meinung aus, dass es wenig zu beraten gibt, sich die Entscheidungen von selbst aufdrängen.“ (Rancière 2002, S. 2) M.a.W. die politischen Räume sind abgesteckt, vermessen, metrisiert, so dass sich ein grundlegend politisch-kontroverses Moment nicht entfalten kann.

Um dieses Phänomen der entpolitisierten Politik zu erfassen, wird der Begriff der Politik vom Begriff des Politischen unterschieden. In unvertretbarer Kürze lässt sich Politik als das empirische Gebiet der Politik verstehen, das die vielfältigen konventionellen Praktiken der Politik umfasst, während das Politische die grundsätzliche Frage aufwirft, wie diese Praktiken eingerichtet sind (vgl. dazu Mouffe 2007, S. 15ff.). Wesentlich dabei ist, dass die den Begriff der Politik konturierenden konventionellen Praktiken in einem umfassenden Sinne gedacht sind. Mit ihnen wird auf gesellschaftlich formatierte Praktiken abgehoben im Sinne einer sozialen Topologie: Es wird festgelegt, welche

Partizipation in der Postdemokratie



Verbindungen hergestellt werden dürfen, welche Äquivalenzen zugelassen und welche ausgeschlossen sind. Es ist nicht von einer unendlichen Vielfalt möglicher Positionierungen auszugehen, sondern es wird in der Politik eine bestimmte Vielfalt von Verknüpfungen durch die Herrschaft eines hegemonialen Diskurses installiert. D.h. es gibt weder eine vorgängig logische Kohärenz sozialer Positionen noch ein subjektives Apriori. Alles wird erst durch eine historische Praxis eingesetzt und stabilisiert. (vgl. dazu Laclau/Mouffe 1991, S. 144ff.) Der Begriff der Politik ist somit antiessentialistisch, diskursiv, umfassend und grundlegend gedacht. Er ist dem Grunde nach als ein „Regime des Sinnlichen“ (Rancière 2002, S. 112) zu denken: die Einrichtung der gesellschaftlichen Meinung, die Festlegung der Kataloge von Mitspracherechten usw. Die Dimension des Politischen liegt dagegen „vor“ dem der Politik; in ihr stehen dem Grunde nach unterschiedliche Arten, die Einrichtung des Sinnlichen zu denken, in Konkurrenz zueinander.

Partizipation als Unterbrechung und Artikulation

Die Unterscheidung von der Politik und dem Politischen legt nahe, dass Partizipation in der Dimension der Politik nur bedeuten kann, dass eingerichtete Entscheidungswege nachvollzogen werden. Dagegen geht es in der Dimension des Politischen um eine grundsätzlichere Form der

Partizipation. Es geht um die Frage, wie die gesellschaftlichen Denkformen, Verteilungen, Muster, Auswahlmöglichkeiten eingerichtet werden. Die Umsetzung und Denkweise solcher Partizipationsformen ist indes anspruchsvoll, auch weil die Ebene des Politischen sich einer klaren Darstellbarkeit entzieht. Sie ist nur durch die Ebene der Politik hindurch sichtbar – sie lässt sich sogar als das „Undarstellbare der Politik“ (Butler 1998) bezeichnen. Auch wenn in der Diskussion der „neuen Demokratietheorien“ das der Politik „vorgängige“ Politische in einem gewissen Sinne als die „Eigentlichkeit“ der Politik erscheint, kann es nicht um die Abschaffung oder gar Zerstörung der Ebene der Politik gehen, denn dann verschwände auch das Politische. Erst im Unbehagen einer spezifischen Einrichtung der Politik und ihrer Artikulation wird das Politische sichtbar.

Genau an dieser Stelle ergibt sich die Möglichkeit, Politische Bildung und Partizipation zu denken, ohne in die aporetische Anforderungssituation zu geraten, entweder eine Apologie der Politik zu betreiben oder deren Abschaffung zu fordern. Denkt man Partizipation mit Hilfe der Unterscheidung von Politik und Politischem, geht es nicht mehr um Inklusion vs. Exklusion, sondern um Formen der Artikulation und Unterbrechung. Wenn man davon ausgeht, dass die Dimension der Politik in einer hegemonialen Ordnung besteht, nach der alle Elemente dadurch ihre Bedeutung, ihre Identität erhalten, dass sie durch eine festgelegte Anzahl von Relationen in einer „strukturierten Totalität“ verortet sind, kann durch eine Artikulation das spezifische „Gefüge“ um die je spezifische Identität modifiziert werden. Demnach kann eine Artikulation als Praxis

aufgefasst werden, „die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird“ (Laclau/Mouffe 1991, S. 155). Politische Partizipation wäre in diesem Sinne umfassender zu verstehen – als Artikulation von spezifischen Zusammenhängen, die bislang nicht in der „strukturierten Totalität“ vorkommen. So lassen sich etwa die Aktivitäten der Piratenpartei als die Artikulation eines Mitbestimmungsanspruches ohne vorherige umfassende Orientierung im Wissen verstehen. In einer „gegenläufigen“ Bewegung lässt sich Partizipation als „Unterbrechung“ denken. Es geht um eine Unterbrechung der „Idee der Dispositionen“ (vgl. Rancière 2008, S. 15ff.). In der Idee der Dispositionen werden Modi des Sprechens und der Beteiligung festgelegt – eine Partizipation bestünde darin, genau diese Modi zu unterbrechen. Darstellungen, Experimente, Demonstrationen, Selbstdarstellungen oder Ausdrucksformen verschaffen entsprechenden Momenten Geltung. Partizipation als Unterbrechung öffnet den Raum der Politik durch Irritationen zum Raum des Politischen hin – Partizipation als Artikulation formuliert Positionen aus dem Raum des Politischen in den Raum der Politik hinein.

Literatur

Bora, A.: „Partizipation“ als politische Inklusionsformel. In: Gusy 2005, S. 15-34.
 Butler, J.: Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wien 1998.
 Crouch, C.: Postdemokratie. Frankfurt/M. 2008.
 Foucault, M.: Geschichte der Gouvernementalität. 2 Bde., Frankfurt/M 2004.
 Gusy, C. (Hg.): Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel. Frankfurt/M 2005.
 Junge, T.: Gouvernementalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens. Bielefeld 2008.
 Laclau, E./ Mouffe, C.: Hegemonie und radikale Demokratie. Wien 1991.
 Mouffe, C.: Über das Politische. Frankfurt/M. 2007.
 Nanz, P./Fritzsche, M.: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn 2012.
 Rancière, J.: Das Unvernehmen. Frankfurt/M. 2002.
 Rancière, J.: Zehn Thesen zur Politik. Berlin 2008.